

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

25.04.2023

Drucksache 18/28663

Antrag

der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)

Kernkraft zur Bayernsache machen: rechtliche Grundlagen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss zum nächstmöglichen Zeitpunkt mündlich über die gesetzlichen Vorgaben und rechtspolitischen Schritte zu berichten, welche erforderlich sind, damit

- die Genehmigung und Aufsicht über Kernkraftwerke in die Eigenverwaltung der Bundesländer überführt werden kann,
- die Bundesländer in Eigenverantwortung Kernkraftwerke reaktivieren, ihre Laufzeit verlängern und neue in Betrieb nehmen können.

Begründung:

Die AfD ist der aktivste politische Treiber für die Laufzeitverlängerung und den Wiedereinstieg in die sichere, saubere und billige Kernenergie in Bayern. Seit dem Jahr 2018 brachte die AfD-Fraktion 46 (!) Anträge pro Atomkraft ein (Stand März 2023). Jeder dieser Anträge wurde von der CSU abgelehnt.

Am 16.04.2023, genau 12 Jahre nachdem die unionsgeführte Bundesregierung den Atomausstieg beschlossen hatte und nur einen einzigen Tag vor der Abschaltung der letzten noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke, übernahm Ministerpräsident Dr. Markus Söder anscheinend die langjährige Linie der AfD: In den Medien forderte er vom Bund eine eigene Länderzuständigkeit für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke.¹

Zur Überführung der Genehmigung und Aufsicht über Kernkraftwerke in die Eigenverwaltung der Bundesländer müssten das Grundgesetz (GG) und das Atomgesetz (AtG) geändert werden, um die bisher vorgesehene Bundesauftragsverwaltung durch Landeseigenverwaltung zu ersetzen. Ferner müsste durch eine Änderung des Atomgesetzes die Laufzeit insbesondere des Kernkraftwerks Isar 2 verlängert werden.²

Bild am Sonntag (2023). Trotz Atom-Aus: Söder plant AKW-Alleingang. URL: https://www.bild.de/politik/inland/politik/trotz-atom-aus-soeder-plant-akw-alleingang-83568140.bild.html

Aus der Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) vom 17.04.2023.